

# Buchbinder-Zeitung

Ersteinst Sonntage.  
Abonnementpreis 1,00 Mark pro  
Quartal exkl. Postgeb. Bestel-  
lungen nehmen an alle Post-  
anstalten, sowie die Expedition,  
Berlin S. 69, Urbanstr. 63 I.

Organ des Deutschen Buchbinder-Verbandes

Inserate  
pro dreizehntägiger Zeile 60 Pf.;  
für Verbandsmitglieder 40 Pf.;  
Stellenangebote 40 Pf.; Verbands-  
angelegenheiten 20 Pf. Einzel-  
anzeigen ist der Betrag beizufügen.

Nr. 18.

Berlin, den 29. April 1917.

33. Jahrgang.

## An die Verbandsmitglieder!

### Kollegen und Kolleginnen!

Ungeannte und unverantwortliche Kreise sind zurzeit daran, die leider recht erheblichen Ernährungsschwierigkeiten dazu auszunutzen, die Arbeiterschaft zu wilden Streiks zu veranlassen, durch die angeblich eine Milderung der Ernährungsschwierigkeiten oder gar eine schnellere Beendigung des Krieges herbeizuführen möglich sein soll. Diese Streiks werden dann zu politischen Demonstrationen umgemünzt, die am allerwenigsten unter den gegenwärtigen Verhältnissen geeignet sind, den gewollten Zweck zu erreichen, die im Gegenteil sehr leicht dazu führen können, daß durch ein Eingreifen der militärischen Gewalten die gewerkschaftliche Betätigung der Arbeiterorganisationen lahmgelegt wird.

Deshalb, und mit Rücksicht auf unsere Tarifgemeinschaften, warnen wir die Kollegen und Kolleginnen vor der Teilnahme an solchen Arbeitseinstellungen, die nicht in ordnungsgemäßer Weise vorbereitet und durch die verantwortlichen Stellen, durch die Gauleiter und den Verbandsvorstand, gutgeheißen sind. Das Interesse der gewerkschaftlichen Organisation, das durchaus zusammenfällt mit den wirtschaftlichen Interessen

ihrer Mitglieder, erfordert in dieser gefahrdrohenden Zeit ebenso oder noch mehr wie sonst sorgfältige Erwägung aller in den Arbeitsgang eingreifenden Maßnahmen. Für wilde Streiks, das sind solche, die nicht durch die Organisation vorbereitet und gutgeheißen, und die zu anderen als rein gewerkschaftlichen Zwecken unternommen sind, kann die Organisation keine Verantwortung übernehmen. Es ist selbstverständlich, daß Unterstützungen für die Streikenden in solchen Fällen nicht gewährt werden können.

Wir vertrauen darauf, daß unsere Kollegenschaft bei aller berechtigten Wahrnehmung ihrer wirtschaftlichen Interessen nicht durch Beteiligung an wilden Streiks ihre Berufsorganisation zwecklos in Gefahr bringt, die sicher im weiteren Verlauf des Krieges und bei der unbedingten erforderlichen Neugestaltung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse nach Beendigung des Krieges so notwendig gebraucht wird, die aber auch nur bei allseitigem Vertrauen auf dieselbe und bei voller Einigkeit der Kollegenschaft ihre schwere Aufgabe in glücklicher Weise erfüllen kann.

Deshalb — Augen auf! Hütet Euch vor Einflüsterungen unverantwortlicher Ratgeber.  
Der Verbandsvorstand.

### Bekanntmachung des Verbandsvorstandes.

1. Weiterführung der infolge des Krieges ausgeschiedenen Mitglieder. Unter Bezugnahme auf unsere diesbezügliche Bekanntmachung in Nr. 12 der „Buchbinder-Zeitung“ ersuchen wir die Gau- und Ortsverwaltungen hiermit noch einmal, für möglichst zahlreiche Wiedergewinnung derjenigen früheren Mitglieder nach besten Kräften tätig zu sein, die ihre Mitgliedschaft durch die Not des Krieges verloren haben. Um die während des Krieges ausgeschiedenen, inzwischen aber schon wieder eingetretenen Mitglieder nicht schlechter zu stellen wie die erst jetzt wieder eintretenden, können auch schon bedingungslos neu eingetretenen Mitgliedern die in der Bekanntmachung in Nr. 12 angegebenen Vergünstigungen nachträglich gewährt werden.

In allen Fällen, gleichgültig, ob es sich um jetzt wieder angemeldete oder bereits wieder eingetretene Mitglieder handelt, ist einer der ausgegebenen Fragebogen recht sorgfältig auszufüllen und möglichst mit dem alten Mitgliedsbuch an uns einzusenden. Wenn das alte Mitgliedsbuch nicht mehr vorhanden ist, ist der Betrag von 1 Mk. für die nötigen Feststellungen und die Ausfertigung eines neuen Mitgliedsbuches beizufügen.

2. Die Berichtskarten für das Statistische Amt (Graue Karten) sind in der abgelaufenen Woche an die Kassierer der Gauen und Zahlstellen versandt worden. Sollten die Karten bis zum 29. April irgendwo nicht angekommen sein, bitten wir um schnelle Nachricht.

Als Stichtag für die Zählung der Arbeitslosen kommt für diesen Monat der 28. April in Betracht. Die Berichtskarten sind spätestens bis zum 5. Mai an uns einzusenden.

Der Verbandsvorstand.

### Kriegsbegleiterischeinungen, Friedenswünsche und Friedensausichten.

Noch rast mit unverminderter Wucht der Krieg an der Westfront. Die Erde erbebt und der Himmel ist in Feuer getaucht von den vernichtungspeinenden Feuerstrahlen der Geschütze. In Schutt und Asche und Schlamm versinken dort Dörfer und Städte. Es ist wahrhaftig ein Anblick, der das Gemüt des Kulturmenschen mit Trauer und Grauen erfüllen kann. C'est la guerre (so ist der Krieg) ist ein französisches Sprichwort. Das kann man besonders jetzt auf Nordfrankreich anwenden, wo sich die feindlichen Riesenheere im blutigen Ringen gegenüberstehen. Töricht und ungerecht, solche Zerstörungsarbeit auf die „Barbarei“ einer der beiden Gegner zurückzuführen zu wollen. So ist eben der Krieg! Unter keinem eisernen Zwange verweisen die Franzosen ihre eigenen Städte und Dörfer, wenn sie dadurch den Feind schädigen oder vernichtend treffen zu können glauben. Unter dem gleichen Zwange machten die Deutschen einen Teil des bisher besetzten Gebiets zu einer Wüstenei, weil sie ihre schützenden Stellung an aufgaben, um nicht unter dem Eisenhagel der feindlichen Geschossmassen mit samt den Städten und Dörfern begraben zu werden, um dem Feinde jeden Schutz beim Vorrücken zu nehmen.

Kraft ist die Sehnsucht nach einem ewigen Frieden, aber noch nie ist er zur Wahrheit geworden, trotz aller Bemühungen der Weisen der Menschheit. Diese ist noch nicht reif genug, um einen solchen Frieden durchzuführen. Ein Vassalle, ein Marx, ein Engels, ein Laurès, haben mit Kriegen als etwas zunächst noch Unvermeidlichem gerechnet und für solche Fälle das Einsetzen der ganzen nationalen Kraft gefordert, weil kräftige, selbstbewußte Völker ihre Eigenart wahren müßten und sich nicht fremden Unterjochern unterwerfen dürften. Nichtsdestoweniger hat sie diese Erkenntnis nicht gehindert, alles zu tun, um die Menschheit einer Zukunft zuzuführen, wo nationale Gegensätze durch internationale Schiedsgerichte geschlichtet werden könnten. Stark ist daher auf allen

Arbeiter tagungen nationalen oder internationalen Gepräges der Klang der Friedensglocken erklingen, allein stets haben sie es abgelehnt, zu erklären: das Vaterland ist uns nichts, die Klasse oder die Menschheit alles! Derjenige aber, welcher einen solchen Ruf erhob, der da den offenen Aufruhr gegen das eigene Vaterland im Falle eines Krieges und zur Verhinderung des Krieges predigte, erweist sich jetzt als der wütendste Nationalist: wir meinen Gustav Hervé. Zu seiner gerechten Verurteilung sei aber gesagt, daß diese Wandlung von einem Extrem in das andere schon einige Jahre vor dem Kriege begonnen hatte und durch den Krieg voll zum Durchbruch kam.

Die Welt ist kriegsmüde geworden nach bald dreißigjährigen blutigen Ringen. Die Friedenssehnsucht läßt sich nach so ungeheuren Opfern und Entbehrungen nirgends mehr ganz zurückdrängen. Selbst die Regierungen tragen dieser Stimmung zum Teil Rechnung. Die Regierungen der Mittelmächte und die ihrer Verbündeten haben mehr als einmal erklärt, daß sie zu einem für alle Völker nicht demütigenden Frieden bereit seien. Das erste Echo dieser Friedensbereitschaft war allerdings ein niederschmetterndes. Die Regierungen des Völkerbundes antworteten darauf mit einem Programm, das, vermeintlich, eine Zurückdrückung der Mittelmächte und ihrer Verbündeten bedeuten hätte. Aber sie hatten dabei die Leidenskraft ihrer Völker übersehen. In Rußland scholl der Volkszorn zu einer haushohen, den Pazifismus begrabenden Woge an.

Leiden, Entbehrungen und Horn über die Unfähigkeit der Regierenden waren die Triebkräfte der russischen Revolution. Mannigfaltig und von gegenseitigen Anschauungen getragen, gären dort die Kräfte einem neuen Zustande entgegen. Der absolute russische Staat ist für immer dahin, er wird niemals, auch selbst nicht durch eine etwaige siegreiche Gegenrevolution, wieder in allem, von tiefem Schatten durchsetzten Glanze ersehen. Aber was aus Rußland werden wird: eine großbürgerliche oder eine proletarische Republik? Wer vermöchte das vorauszusagen. Immerhin deutet die Übernahme der

provisorischen Regierung durch Vertreter des imperialistischen Bürgertums darauf hin, daß die proletarischen und bäuerlichen Volksmassen und die ihnen gleichgesinnten Truppen nicht stark genug waren, um voll die Regierungsgewalt in ihre Hände zu bekommen. Sollten sie aber etwa die Übernahme der Regierung abgelehnt haben, weil sie nicht die Verantwortung selbst tragen, sondern nur die Kontrolle der Verantwortlichen übernehmen wollten, so dürfte das als ein verhängnisvoller Fehler angesehen werden. Denn wer die wirkliche Macht hat, darf nicht vor der Verantwortung zurückweichen.

Da wir auch als Gewerkschafter hart an der Herbeiführung eines baldigen Friedens interessiert sind, so müssen wir die Vorgänge in Rußland mit wachsamem Auge verfolgen. Kriegs- und Friedensbereitschaft ragen dort um die Oberhand. Englands wettlaufähne gewandte Diplomatie versucht alles, um Rußland im Kriegszornern des Vielverbands festzuhalten. Sie sendet ihre kriegerischen Sozialisten mit denen Frankreichs nach Rußland, um dieses Ziel zu erreichen. Verworfen sind die Nachrichten, die von Rußland zu uns dringen, die Kräfte ihrer Wichtigkeit ist schwer möglich. Die italienischen Sozialisten haben ihren Margari nach Rußland geschickt, um im friedensfreundlichen Sinne zu wirken. Der schwedische Sozialistenführer Branting wirkt dort im entgegengesetzten und äußerst deutschfeindlichen Sinne, wie es ein Agent Englands und Frankreichs nicht besser machen könnte. Das ist derselbe Mann, der beim schwedischen Generalkrieg 1900 von einem deutschen Gewerkschaftsbureau nach dem anderen lief, um Unterstützungen für die streikenden schwedischen Arbeiter herauszuholen, was ihm auch im hohen Maße gelang. Unsere Bewunderung müssen wir darüber aussprechen, daß die schwedischen Gewerkschaften unseres Wissens über die geschäftige Verächtigung Deutschlands und deutscher Arbeiterführer durch Branting kein Wort der Zurückweisung übrig haben. Während Branting in Rußland kriegerisch und ungehindert wirken kann, ist der friedensfreundliche dänische sozialistische Reichstagsabgeordnete Voghjerg an der russischen Grenze festgehalten worden. Das ist ein böses Zeichen für den herbeigesehnten Frieden. Ob die aus der Verbannung zurückkehrenden und zum Teil schon zurückgekehrten russischen Sozialisten den genügenden Einfluß zur Herbeiführung eines baldigen Friedens gewinnen oder ob nicht manche von ihnen sogar im kriegerischen Sinne wirken werden, läßt sich schwer absehen. Alles brodelt und gärt noch im Regenkeßel Rußland. Auch gegenrevolutionäre Strömungen sollen sich schon dort, besonders in Mesopotamien, geltend machen.

Wie England den Ausbruch des Weltkrieges hätte verhindern können, so wäre es auch in der Lage, seine baldige Beendigung herbeizuführen. Aber England ist noch immer die stärkste kriegstreibende Kraft. Jedoch wie lange noch? Diese Frage hat in eingehender Weise unser ehemaliger Kollege, der jetzige Rektor der Kieler Universität, Professor Dr. Bernhard Harms, der zugleich Vorsteher des Instituts für Seeverkehr und Weltwirtschaft in Kiel ist, eingehend untersucht und beantwortet. Kurz zusammengefaßt, geht Harms' Meinung dahin: Die eigene Produktivkraft der englischen Landwirtschaft könne nicht so entwickelt werden, daß sie dem englischen Volk über die Gefahr einer verkehrswirtschaftlichen Isolierung hinwegzuhelfen vermöchte. Hat deshalb der U-Boot-Krieg jene Erfolge, von welchen bei seiner Proklamierung ausgegangen wurde, so gibt es kein Mittel, das Land vor dem Verhungern oder Nachgeben zu retten! ... Innerhalb der Zeit aber, in welcher in Deutschland die Erfolge der Herbstkriege des Jahres 1917 aufgezehrt sind, ist nach Harms bei ungehinderter und unbeherrschter Fortführung dieses erfolgreichen U-Boot-Krieges die Ausbungerung Englands nach menschlichem Ermessen unter allen Umständen zu erwarten. Es ist an sich ein häßlicher Gedanke, ein ganzes Volk auszuhungern, aber bekanntlich hat England dieses Vorhaben zuerst und noch bis jetzt gegenüber Deutschland geübt, und es darf sich daher nicht beklagen, wenn es mit eigenen Auten geschädigt wird. Hoffen wir aber, daß eher holder Friede die hungertunghungliche Menschheit befreit, bevor die äußerste Hungersnot eingetreten und die Völker völlig entkräftet sind.

Die schlimmste Begleitererscheinung des langen furchtbaren Krieges ist die Lebensmittelnot. Sie ist zweifellos auch in Deutschland vorhanden, wie es ebenso von den anderen kriegsführenden Ländern angenommen werden muß. Viel ist auf dem Gebiete der Lebensmittelversorgung von den Regierungen und den ihnen unterstellten Behörden gefündigt worden. An der gleichmäßigen Verteilung der Lebensmittel hat es gefehlt. Auf dem städtischen Asphalt kann man keine Kartoffeln pflanzen, kein Korn anbauen, keine Schweineställe treiben. Mit einem Wort: mehr als je ist im Krieges, wo Deutschland gleich einer belagerten Festung angesehen werden muß, die städtische Bevölkerung auf die Zufuhr von Lebensmitteln vom Lande angewiesen. Die städtische arbeitende Bevölkerung erfüllt höchst notwendige wirtschaftliche Aufgaben, ohne die weder das wirtschaftliche Leben aufrechterhalten noch der Krieg geführt werden könnte. So wenig wir nun den Fleiß der landwirtschaftlichen Bevölkerung bei dem Mangel an Arbeitskräften, an Arbeitstieren, an Maschinen, an Düngemitteln herabsetzen wollen, so bleibt doch eine Tatsache: im allgemeinen ist die städtische Bevölkerung nicht so mit Lebensmitteln beliefert worden, wie es möglich war bei einer gleichmäßigen Verteilung. Städte und Keller waren und sind noch nicht so regelhaft auf dem Lande wie in der Stadt. Dafür ist auch Beweis die immer wiederkehrende Mitteilung unserer Feldfrauen, daß die Söhne von Landwirten beim Heere durchweg noch gut mit Eiern, Butter, Speck und Butter versehen wären. Das ist menschlich begreiflich, aber nicht gerecht, wo alle die gleichen Gefahren bestehen und die gleichen Entbehrungen ertragen sollten.

Hauptsächlich ist der Munitionsarbeiterstreik in Berlin am 16. April und zum Teil noch an den folgenden Tagen auf das bittere Gefühl der ungleichmäßigen Lebensmittelversorgung zurückzuführen. Es muß in Zukunft alles getan werden, durch wirkliche Taten und nicht bloß durch schöne Versprechungen diesem Gefühl den Boden zu entziehen. Wir wollen anerkennen, daß man in der letzten Zeit ernstlich daran gegangen ist, durch besondere Untersuchungskommissionen die vorhandenen Vorräte auf dem Lande zu erfassen und sie in Uebut zu nehmen. Insofern kam der Streik eigentlich etwas post festum und ist verzeihlich nach dem 16. April in eine Reihe planloser Teilstreiks der einzelnen Betriebe, wo man eigentlich nicht mehr recht wollte, weshalb weiter gestreikt wurde, nachdem der Staatskommissar für das Ernährungswesen, Dr. Michaelis, der beauftragten Vertretern der Streikenden seine früher bereits gegebenen Versprechungen auf bessere Lebensmittelversorgung feierlich wiederholt hatte.

Wir wollen nicht unterlassen, hierbei den dringenden Wunsch auszusprechen, nicht nur an die Munitionsarbeiter bei der Lebensmittelversorgung zu denken, sondern auch an die anderen Arbeiter, deren Lage vielfach viel weniger beneidenswert ist als die der weit höher im Durchschnitt entlohnenden Munitionsarbeiter, welche daher auch sich manches neben den zugemessenen Lebensmittelrationen zu kaufen vermögen, was den anderen durch die Schmalheit ihres Einkommens unmöglich ist.

Der Munitionsarbeiterstreik wurde natürlich wieder von ungenannten Leuten durch anonyme Flugblätter zur Aufreizung von pseudo-revolutionären Fußstapfen auszunühen gesucht, doch hatten diese keinen Erfolg. Das war gut so, denn Leute wie Branting hatten schon in Petersburg versucht, Unruhen in Deutschland an die Wand zu malen und sie zur Aufstachelung der Kriegsförderung auszunühen. Das weist auf die gefährlichen Wirkungen solcher Vorkommnisse hin. Soweit also der ehrliche Glaube vorhanden ist, durch Streiks der Munitionsarbeiter oder anderer Arbeitergruppen in Deutschland den Krieg abkürzen zu können, so ist dieser Glaube ein völlig irriger. Denn wir können es nicht deutlich genug hervorheben: das Gegenteil wird dadurch erreicht.

Denn es ist nun einmal eine nicht wegzuleugnende Tatsache: Die Kriegstreiber des feindlichen Auslandes nutzen jede Uneinigkeit in Deutschland aus, um die stehende Kriegskommunikation ihrer Völker aufs neue zu entfachen. Und Streiks in Deutschland sind ihnen dazu das geeignete Mittel. Je weniger die Öffnung hegen dürfen, durch die Uneinigkeit

des deutschen Volkes zum Siege zu gelangen, je eher werden sie zum Frieden geneigt sein.

Bisher hat man uns immer die russischen Sozialisten als Muster unbedingter Kriegsgegner vorgehalten, sobald sie aber aus einer einflusslosen Stelle zu einem verantwortlichen Faktor wurden, treten sie genau so wie ihre westeuropäischen Genossen für ihr Vaterland ein, lehnen einen Sonderfrieden ab und lassen sich sogar für die Eroberungsziele Englands und Frankreichs vor den Wagen spannen, es sei denn, sie besitzen sich eines Besseren und schlagen in die dahergebotene Friedenshand Deutschlands und Österreichs ein.

Noch viel irriger ist die Ansicht, in Deutschland wären die russischen revolutionären Vorgänge einfach zu kopieren. Selbst in dem Berliner „Mitteilungsblatt“ der „Unabhängigen“ wird klar und deutlich vor Fußstapfen und Hungerrevolten gewarnt und erklärt:

„Wir haben mit anderen Verhältnissen zu rechnen als drüben in Rußland, der Kampf um unsere innere Freiheit muß daher andere Formen annehmen. Dieser Kampf hat in diesen Tagen unter dem moralischen Druck der Vorgänge in Rußland auf parlamentarischem Wege einzuleiten.“

Die dringende Mahnung Hindenburgs, alle beruflichen Arbeitseinstellungen zu vermeiden, ist daher sehr zu beherzigen. Und nicht nur aus diesem Grunde, sondern weil sonst der Wunsch der Scharfmacher auf Militarisierung der Dienstleistungsbetriebe schließlich in Erfüllung und damit auch die Vorteile des Hilfsdienstgesetzes verloren gehen würden. Träte dieser Wechsel ein, dann würden die Arbeiter erst recht, aber zu spät merken, wie nachteilig das für sie wäre.

Lacht Euch daher nicht von Außenstehenden aufspitzen. Was irgend von den Gewerkschaften in der Lebensmittelversorgung getan werden kann, das wird von ihnen getan werden, viel besser als von unverantwortlichen und oftmals recht zweifelhaften Personen! Vergeht auch nicht, daß es unsere Brüder sind, die in den Schützengräben unter Munitionsmangel fürchtbar zu leiden haben.

## Erwerbsarbeit, Entlohnung und Organisation der Frauen.

Unter diesem Titel steht die Genossin Thiede, Vorsitzende des Verbandes der Buch- und Stein-druckerei-Gitarbeiter, in den „Sozialistischen Monatsheften“, 1917, Heft 7, die in unserm Leitartikel der vorigen Nummer behandelte Aussprache über die Frauenarbeit fort. Sie weist nach, daß im Anfang der Arbeiterbewegung die Männer dem Eindringen der Frauen in die Industrie feindselig gegenüberstanden, daß aber trotzdem die Frauenarbeit sich immer weitere Gebiete eroberte, so daß der im Jahre 1892 zu Galberstadt tagende Gewerkschafts-Kongress die energische Inangriffnahme der Organisierung der Frauen forderte.

Die Genossin Thiede legt in besonders auch für Frauen leichtverständlicher Weise dar, mit welchen Beschwerden die Fabrikarbeit für die Frau als Gattin und Mutter verbunden ist und warum daher alles getan werden müsse, ihr Los zu erleichtern durch Einrichtungen, wie sie auch vom Kriegesamt als nützlich bezeichnet worden seien: Ausgestaltung von Fliegendeilen, Kruppen, Bewahranstalten, Kindergärten, Horten, Stillstuben, Mütter-, Säuglings-, Kleinkinderberatungsstellen usw.

Die Vorwürfe des Genossen Quards gegen die Gewerkschaften läßt die Genossin Thiede nicht für gerechtfertigt, und sie ist um so mehr darüber erstaunt, als Quard ja die Leistungen der Gewerkschaften voll anerkannt habe. Sie betont weiter, daß es nicht an den Gewerkschaften gelegen habe, wenn für die Arbeiterinnen nicht die gleichen Löhne als für die Arbeiter durchgesetzt werden konnten. Es sei auch ein Verstoß Quards, anzunehmen, die Arbeiterinnen hätten während des Krieges mehr ihren Gewerkschaften die Treue bewahrt als die Arbeiter.

Für uns ist in dem Aufsatz der Genossin Thiede die eingehende Bezugnahme auf die Lohn- und Arbeitsbedingungen der Buch- und Stein-druckerei-Gitarbeiter interessant, durch die der Unterschied zwischen Männer- und Frauenlöhnen selbst bei gleichen Arbeiten auch in diesem Beruf offenbar wird.

Hervorgehoben sei noch die von der Genossin Thiede angeführte Tatsache, daß laut einer Be-



**Kanntmachung des Buchbinderartikamentes** für das Jahr 1916 in 134 Orten 747 Handbinderinnen ausgebildet wurden. In 62 Orten erlernten 246 Frauen Maschinenstich und in 24 Orten wurden 238 Druckrinnen bzw. Maschinenmeisterinnen ausgebildet.

Wie empfohlen nochmals besonders unseren Kolleginnen, aber auch jenen Kollegen, die mit vielen Kolleginnen in dem Betriebe zu rechnen haben, die in unserem Leitartikel in No. 16 angeführten Artikel sowie den oben besprochenen Artikel der Genossin Thiede zum Studium. Die Verbreitung wirtlicher Kenntnisse über die Frauennarbeit ist zehnmal mehr wert als die innerlich unmaßbaren Abreden, mit denen man ihnen den Kopf verdirrt, wonach die Frauen das Banner des wahren Klassenbewußtseins, der zielbewußten Arbeiterbewegung ergreifen hätten, nachdem es die Männer als „Sozialpatrioten“ feige sinken gelassen. Die Frauen sind leider noch lange nicht soweit, um diese ihnen fälschlich zugeschriebenen Rollen erfüllen zu können.

Was unseren Frauen not tut und was sie auch in Wahrheit selbst wollen, ist: Verbesserung ihrer und ihrer Familie wirtschaftlichen Lage. Und dies Ziel können sie nur erreichen durch Anwendung der erprobten gewerkschaftlichen Methoden, nicht aber durch pseudorevolutionären Wortschwall.

**Aus unserem Beruf.**

**Arbeitslosenfrist.** Unsere für die Berichterstattung an das Statistische Amt bestimmte Erhebung über Arbeitslosigkeit und Unterfügungsbezug im 1. Quartal 1917, mit welcher zugleich auch die 13. Kriegsstatistik der Generalkommission verbunden war, ist wieder keine vollstänbige, weil die Verwaltungen der Zahlstellen in Augsburg, Bamberg, Eisenberg, Düsseldorf, Frankfurt a. O., Hanau, Karlsruhe, Ludwigsfeld, Weissen, Rucka, Solingen und Gau 10 die Verichtsbogen gar nicht oder nicht rechtzeitig eingesandt haben. Diese 11 Zahlstellen mit zusammen 203 männlichen und 121 weiblichen Mitgliedern sind daher in dem nachstehend geschilberten Ergebnis der Aufnahme nicht mit enthalten.

In den an der Berichterstattung beteiligten 99 Gauen und Zahlstellen mit zusammen 5087 männlichen und 11234 weiblichen, insgesamt also 16321 Mitgliedern, waren am Stichtag, dem 31. März, 38 männliche und 297 weibliche am Ort befindliche sowie 1 durchreisendes, insgesamt also 336 Mitglieder arbeitslos.

Prozentual berechnet kamen auf je 100 Mitglieder bei den männlichen 0,8, bei den weiblichen 2,6 und bei beiden zusammen 2,1 Arbeitslose. Gegenüber dem Vormonat, mit 2,3 Arbeitslosen auf 100 Mitglieder — 0,5 bei den männlichen und 3,1 bei den weiblichen — ist bei den männlichen Mitgliedern eine geringe Zunahme, bei den weiblichen so wie auch im ganzen jedoch immer noch ein Rückgang im Umfang der Arbeitslosigkeit zu verzeichnen.

Folgende Zusammenstellung zeigt die Entwicklung im Umfang der Arbeitslosigkeit unter unseren Mitgliedern vor und während der Dauer des Krieges:

**Die Arbeitslosigkeit in unserem Verbands im 1. Quartal 1917.**

Gau	Zahl der Mitglieder			Zahl der Arbeitslosen-Fälle				Zahl der Arbeitslosen-tage	Arbeitslosen-Unterfügung wurde gezahlt			Jeder Arbeitslosenfall dauerte Tage	Auf je 100 Mitglieder kamen Fälle von Arbeitslosigkeit			
	männl.	weibl.	auf.	im ganzen Quartal		am letzten Stichtag			an Personen	für Tage	Mk.		männl.	weibl.	im ganzen Quartal	am letzten Stichtag
				männl.	weibl.	männl.	weibl.									
1	1547	3695	5242	194	1293	12	117	9258	196	2394	2877	7,0	6,4	27,2	2,5	
2/3	52	86	138	1	1	—	1	41	2	38	58	11,0	30,0	1,4	0,7	
4	91	366	457	1	11	1	1	210	8	147	151	32,0	16,2	2,6	0,4	
5	97	111	208	4	4	—	—	125	1	28	28	18,5	17,8	8,8	—	
6/7	825	890	1215	19	119	—	8	8498	47	769	928	5,8	28,5	11,4	0,7	
8	257	295	552	2	22	—	6	833	16	228	227	5,5	14,6	4,8	1,1	
9	259	315	574	21	105	4	59	6260	59	984	898	26,0	54,2	22,0	10,8	
10	184	44	178	5	4	2	2	239	11	188	137	8,8	47,5	5,1	2,2	
11/13	179	203	382	1	1	—	—	86	2	32	84	14,0	22,0	0,5	0,8	
12	1274	8588	4867	40	201	15	76	8183	122	1544	1598	16,7	37,8	5,0	1,9	
14/15	592	552	1084	13	13	1	8	789	14	179	188	9,8	40,7	7,4	8,1	
16	132	508	635	8	44	1	19	2519	26	450	420	31,0	54,6	2,4	0,8	
17	206	591	799	10	30	2	1	529	24	218	266	22,0	9,8	5,4	0,4	
<b>zusammen</b>	<b>5087</b>	<b>11234</b>	<b>16321</b>	<b>314</b>	<b>1788</b>	<b>39</b>	<b>297</b>	<b>82018</b>	<b>528</b>	<b>7144</b>	<b>7823</b>	<b>10,6</b>	<b>16,0</b>	<b>12,9</b>	<b>2,1</b>	
<b>außerdem</b>	<b>203</b>	<b>121</b>	<b>324</b>									<b>15,2</b>				
<b>Summa</b>	<b>5290</b>	<b>11355</b>	<b>16645</b>									<b>11,5</b>	<b>17,6</b>	<b>15,0</b>	<b>2,5</b>	
<b>4. Qu. 1916</b>	<b>5323</b>	<b>11056</b>	<b>16379</b>	<b>459</b>	<b>2093</b>	<b>62</b>	<b>344</b>	<b>40126</b>	<b>714</b>	<b>9714</b>	<b>10762</b>	<b>16,2</b>	<b>12,6</b>	<b>12,9</b>	<b>2,5</b>	
<b>1. „ 1916</b>	<b>6027</b>	<b>10965</b>	<b>16992</b>	<b>675</b>	<b>2261</b>	<b>95</b>	<b>817</b>	<b>75810</b>	<b>933</b>	<b>15199</b>	<b>17076</b>	<b>25,8</b>		<b>17,3</b>	<b>5,4</b>	
<b>1. „ 1915</b>	<b>9587</b>	<b>12336</b>	<b>21923</b>	<b>9207</b>	<b>3916</b>	<b>337</b>	<b>1464</b>	<b>180845</b>	<b>2992</b>	<b>38128</b>	<b>27198</b>	<b>29,5</b>		<b>27,9</b>	<b>8,2</b>	
<b>1. „ 1914</b>	<b>16859</b>	<b>16841</b>	<b>33500</b>	<b>3089</b>	<b>2125</b>	<b>518</b>	<b>475</b>	<b>84753</b>	<b>2308</b>	<b>47482</b>	<b>64856</b>	<b>19,6</b>		<b>12,5</b>	<b>9,0</b>	
<b>1. „ 1913</b>	<b>16980</b>	<b>17142</b>	<b>34122</b>	<b>2078</b>	<b>1906</b>	<b>548</b>	<b>890</b>	<b>73148</b>	<b>1878</b>	<b>39595</b>	<b>46398</b>	<b>17,6</b>		<b>11,7</b>	<b>2,7</b>	

Monat	Arbeitslose Mitglieder am jeweiligen Stichtag (am Ort u. auf der Reise befindlich)			Arbeitslose auf je 100 Mitglieder									
	m.	w.	auf.	1916			1915			1914			
				m.	w.	auf.	m.	w.	auf.	m.	w.	auf.	
<b>März 1916</b>	95	817	912	1,6	7,5	5,4	8,2	8,0					
<b>April</b>	113	765	878	1,8	7,6	5,1	10,0	2,9					
<b>Mai</b>	99	808	907	1,6	7,2	5,2	10,4	2,9					
<b>Juni</b>	122	777	899	2,0	7,0	5,2	10,6	3,5					
<b>Juli</b>	125	807	932	2,0	7,1	5,3	10,7	3,7					
<b>August</b>	71	722	793	1,1	6,4	4,5	9,7	39,9					
<b>September</b>	79	620	699	1,3	5,6	4,1	9,5	34,1					
<b>Oktober</b>	78	594	672	1,3	5,2	3,9	8,4	24,0					
<b>November</b>	75	441	516	1,3	3,9	3,0	7,4	17,2					
<b>Dezember</b>	62	344	406	1,2	3,1	2,5	6,2	13,8					
<b>1917</b>													
<b>Januar</b>	52	360	412	1,0	3,3	2,5	6,8	12,8					
<b>Februar</b>	27	344	371	0,6	3,1	2,3	6,5	9,6					
<b>März</b>	39	297	336	0,8	2,6	2,1	5,4	8,2					

Im ganzen abgelaufenen Quartal wurden in den 99 Gauen und Zahlstellen, aus denen Berichte vorliegen, insgesamt 2102 Fälle von Arbeitslosigkeit mit zusammen 31935 Arbeitslosentagen gemeldet. Arbeitslosenunterfügung wurde an 528 Mitglieder für 7144 Tage gezahlt, so daß wieder für 24791 Tage oder 71,4 Proz. der gesamten Arbeitslosentage keine Unterfügung gezahlt werden konnte, weil die betreffenden Mit-

**Rund 60 Millionen Mark**  
haben die deutschen Gewerkschaften seit Kriegsausbruch Unterfügung an ihre Mitglieder gezahlt.

**Auch der Deutsche Buchbinderverband zahlte große Summen, selbst für Unterfügungen, zu denen er statutarisch nicht verpflichtet war, an seine Mitglieder.**

**Was die Gewerkschaften während des Krieges an Lohnerrhöhungen für die Arbeiter errungen haben, geht in die Milliarden.**

**Verbandskollegen! Macht den Unorganisierten an diesen Tatsachen klar, welche Bedeutung die Gewerkschaften für die Arbeiter haben!**

glieder noch nicht bezugsberechtigt oder infolge langer Arbeitslosigkeit ausgefuehrt waren. Von den am letzten Stichtag am Ort und auf der Reise gezählten 39 männlichen und 297 weiblichen Arbeitslosen waren nur 16 bzw. 45 zum Bezug von Arbeitslosenunterfügung berechtigt. Auf je 100 Mitglieder kamen im abgelaufenen Quartal 12,9 Fälle von Arbeitslosigkeit mit durchschnittlich 15,2tägiger Dauer.

Die Zahl der Arbeitslosenfälle wie auch die durchschnittliche Dauer des einzelnen Falles ist gegenüber dem 4. Quartal 1916 sowie auch gegenüber den gleichen Quartalen der letzten zwei Jahre wieder eine wesentlich geringere geworden.

Neber den unterschiedlichen Umfang der Arbeitslosigkeit in den einzelnen Gauebezirken unseres Verbandes gibt untenstehende Tabelle eine Uebersicht.

Danach waren für das ganze Quartal prozentual berechnet in den meisten Fällen von Arbeitslosigkeit zu verzeichnen in den Gauen 1 (Berlin), 9 (Eisenberg), 6/7 (Hamburg-Altona), 16 (Nürnberg-Fürth), während am letzten Stichtag der größte Prozentsatz an Arbeitslosen, wie schon während der ganzen Kriegsdauer, in den Gauen 9 (Eisenberg) und 16 (Nürnberg-Fürth) vorhanden war, weil die dort vorherrschende Strich- und die Lugsapapierbrände immer noch am meisten unter der Arbeitslosigkeit zu leiden haben.

Bei verkürzter Arbeitszeit und dadurch natürlich auch bedingten geringerem Verdienst arbeiten nach den vorliegenden Berichten in der Woche vom 25. bis 31. März 33 männliche und 220 weibliche Mitglieder. Zu Vergleichem mit den früheren Berichten sind diese Ziffern jedoch nicht geeignet, weil von den zwei größten Zahlstellen Berlin und Leipzig hierfür keine Angaben geliefert wurden.

In Arbeitslosenunterfügung sind im ersten Quartal insgesamt 7823 Mk. zur Auszahlung gelangt, gegen 10762 Mk. im vierten Quartal und 17076 Mk. im ersten Quartal des Vorjahres. Für Krankeunterfügung wurden im ersten Quartal 12908 Mk. für Hinterbliebenenunterfügung 3282 Mk. und für sonstige Unterfügungen noch 1253 Mk. verausgabt. Von diesen insgesamt 25266 Mk. Unterfügungsausgaben entfallen 1179 Mk. auf die Lokalfassen.

Außerdem wurden an die Kriegsteilnehmer und deren Familien als Weihnachtunterfügung und für Liebesgaben noch 5190 Mk. gezahlt, davon 3330 Mk. auf Rechnung der Lokalfassen.

Sein 25jähriges Arbeitsjubiläum in der „Arbeiter Zeitung“ beging am 29. März der Kassierer unserer Zahlstelle in Krefeld, Kollege Leonhard Buch. Die Firma sowie seine Mitarbeiter brachten ihm Geschenke dar und die Krefelder Handelskammer eine Ehrenurkunde. Wir gratulieren gleichfalls.

**Hindenburgs Mahnung an die Rüstungsarbeiter.**

Generalfeldmarschall von Hindenburg hat an den Chef des Kriegsamts, Generalleutnant Groener, ein Schreiben gerichtet, in dem er auf den Streif der Berliner Munitionsarbeiter Bezug nimmt und worin es zum Schluß heißt:

„Ich halte es für meine Pflicht, Ew. Excellenz darauf hinzuweisen, daß bei der gegenwärtig auf der Westfront auszukämpfenden Schlacht eine ungeminderte Erzeugung an Kriegsmaterial aller Art die allein anderen vorantreibende Aufgabe ist, und daß jede noch so unbedeutend erscheinende Arbeitseinstellung eine unverantwortliche Schwächung unserer Verteidigungskraft bedeutet und sich mir als eine unfühbare Schuld an Meer und besonders an dem Mann im Schützengraben, der dafür bluten mußte, darstellt. Ich bitte Ew. Excellenz darum, mit allen Mitteln dafür Sorge zu tragen, daß die Erzeugung von Waffen und Munition in nachdrücklicher Weise gefördert wird und daß ganz besonders von allen in Frage kommenden Stellen die notwendige Aufklärung der Rüstungsarbeiter betrieben wird, die mir die erste Vorbedingung zur Erreichung unseres großen Zweckes zu sein scheint.“

gez.: v. Hindenburg.

Generalleutnant Groener hat an die Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands, den Gesamtverband der christlichen Gewerkschaften Deutschlands, den Verband der deutschen Gewerkschafter, die polnische Berufsvereinigung, die Arbeitsgemeinschaft der kaufmännischen Verbände, die Arbeitsgemeinschaft der technischen Verbände und die Arbeitsgemeinschaft für das einseitliche Angestelltenrecht folgendes Schreiben gerichtet:

„Generalfeldmarschall von Hindenburg hat mit das in Abschrift beigefügte Schreiben überandt, das ich gleichzeitig der Tagespresse zur Veröffentlichung

zugehen lasse. Es bedarf keines besonderen Hinweises, daß es in erster Linie Aufgabe der bewußten Vertreter der Arbeiter sein wird, die von dem Generalfeldmarschall in Anregung gebrachte Aufklärung in umfassender Weise zu organisieren und nachhaltig zu fördern. Eine wichtige Grundlage für den Erfolg des wirtschaftlichen Durchhaltens in der Heimat ist die rüchhaltige Zusammenarbeit der Arbeiterorganisationen mit dem Kriegsausschuss, wie dies auch bei der Verabschiedung des Hilfsdienstgesetzes in besonderer Weise zum Ausdruck gebracht worden ist. Die Worte des Feldmarschalls werden gewiß dazu beitragen, daß die deutsche Arbeiterschaft sich dessen bewußt bleibt, daß die im Hilfsdienstgesetz für den Krieg vorgegebene Regelung des Arbeitsverhältnisses für die Arbeiterschaft nicht nur Rechte, sondern auch Pflichten gebracht hat. Daher bezweifle ich auch nicht, daß dieser Appell an das Verantwortungsgewissen und das Pflichtbewußtsein in der Arbeiterschaft vollen Widerhall finden wird.

gez.: Groener."

**Sichert die Kleingärten!**

**Sichert die Kleingärten!** Der Deutsche Wohnungsausschuss sendet uns folgende Zuschrift: Die Kriegsverhältnisse haben bekanntlich eine ungemein starke Entwicklung des Kleingartenwesens gezeitigt und überhaupt den Hunger der städtischen und gewerblichen Bevölkerung nach Land, das sie selber bebauen kann, in weitem Umfang geweckt. Es ist aber zu erwarten, daß diese starke Nachfrage der städtischen und gewerblichen Bevölkerung nach Land auch nach Friedensschluß andauern wird. Schon die hohen Lebensmittelpreise und die Lebhaftigkeit des nun einmal erwachten Wunsches nach Leben und Tätigkeit im Freien werden dafür sorgen. Andererseits werden aber die Schranken, die einer rüchhaltigen Preisausnutzung des in Frage kommenden Landes durch die Eigentümer jetzt noch entgegenstehen, mit Friedensschluß zum großen Teile fallen. Nichts sind Pachterträge mit niedrigen Preisen für die Kriegsdauer abgeschlossen, die dann hinfällig werden, und ganz allgemein wird dann der moralische Zaun fallen, den jetzt doch der Ernst des Krieges der Preiserei anlegt. Es ist also dringende Gefahr vorhanden, daß nach Kriegsende große Preisserhöhungen des für die städtische und gewerbliche Bevölkerung benötigten gärtnerischen und landwirtschaftlichen Geländes eintreten; daß sich eine lebhaftere Spekulation entwickelt und daß die jetzigen schönen Anlagen durch eine unheilvolle Umwidmung in der Zukunft wieder weggespült werden. Das darf aber natürlich nicht geschehen und dagegen muß jetzt schon Vorkehrung getroffen werden. Abhilfsmittel stehen ja auch mancherlei zur Verfügung, z. B. die dauernde Ueberführung von möglichst viel Land durch Ankauf usw. in öffentliche und gemeinnützige Hände, planmäßige Vereinbarungen mit den Eigentümern über Preise und Verpachtung des Landes usw. für längere Zeit durch die Gemeinverwaltungen und andere Stellen von Einfluß und Erfahrung, ebenso auch Verpachtung größerer Landflächen durch die Gemeinden auf längere Zeit. Auch die dauernde Aufnahme der Kleingartenkolonien in die Bebauungspläne und überhaupt die entsprechende Gestaltung der Bebauungsbestimmungen ist berufen, eine Rolle zu spielen. Endlich kommen auch die Festsetzung von Höchstpreisen und dergleichen auf Grund der vom Bundesrat in der Kriegszeit erlassenen Verordnungen in Betracht. Auf alle Fälle muß beiseiten ein Damm errichtet werden, um das so schön beanspruchte Werk der Wiederannäherung der städtischen und gewerblichen Bevölkerung an den Boden zu sichern und ihm eine weitere Entfaltung möglich zu machen.

**Rundschau.**

**Vereinbarungen über Frauenarbeit im deutschen Steinbrudergewerbe.** In keinem der graphischen Berufe standen sich Arbeitgeber- und Arbeitnehmerverband so scharf gegenüber als im Steinbrudergewerbe. Ein Zustand, der auch seine Schatten in die verwandten Berufsgruppen hineinwarf, wovon insbesondere der Hilfsarbeiterverband ein Lied singen kann und der auch für unsere Mitglieder manchmal unangenehme Begleiterscheinungen zeitigte. In letzter Zeit scheint sich das Verhältnis zwischen „Schutzverband“ und Verband der Lithographen und Steinbruder etwas verbessert zu haben, denn einer Verständigung in loser Form über Kriegsbeschädigtenfürsorge ist jetzt eine Vereinbarung über die Regelung der Frauenarbeit gefolgt, was wir sehr begrüßen. Die Vereinbarungen lauten im wesentlichen wie folgt:

„Um dem eingetretenen Mangel an gelerntem Arbeitskräften in der Steinbruderei abzuwehren,

wird während des Krieges die Einstellung von weiblichen und anderen Ersatzkräften unter nachfolgenden Voraussetzungen zugelassen:

Falls eine Firma Ersatzpersonal einstellen will, so hat sie sich selbst oder durch den Kreisvertreter des Schutzverbandes mit dem Gauvertreter der Gewerkschaft in Verbindung zu setzen. Kann dieser nicht innerhalb einer Woche einen geeigneten Gehilfen zu geschäftsbüchlichem Lohn stellen, so steht der Firma die Einstellung der Ersatzkraft frei.

Die Ausbildungszeit für Ersatzkräfte beträgt 19 Wochen. Dieser Zeit kann eine vierwöchige Probezeit vorausgehen. In der Ausbildungszeit darf der Lohn 20 Proz. weniger als der im § 2 der Vereinbarungen vom 27. Januar 1912 genannte Mindestlohn betragen. Nach der Ausbildungszeit muß für die Dauer von vier Wochen als Lohn mindestens der örtliche Minimallohn für ausgebildete Gehilfen (§ 2 der Vereinbarungen) gezahlt werden. Nach dieser Zeit muß der örtliche Minimallohn um 20 Proz. erhöht werden.

Die Prinzipale können mit den heranzubildenden Ersatzkräften längere Kündigungsfristen vereinbaren. Diese Vereinbarungen müssen aber die Bestimmungen enthalten, daß beide Vertragsparteien nur auf die Dauer des Krieges zur Innehaltung dieser Kündigungsfristen verpflichtet sind.

Die Entlassung der Ersatzkräfte braucht erst zu erfolgen, wenn der Gehilfenverband für jede Sparte durch seine Arbeitsnachweise entsprechende Gehilfen zu stellen in der Lage ist.

Die mit Ersatzkräften vor dem Abschluß dieser Vereinbarungen während des Krieges geschlossenen Verträge sind diesen Vereinbarungen anzupassen.

Der Verband der Lithographen, Steinbruder und verwandter Berufe wird seine Mitglieder anweisen, wenn der Einstellung von Ersatzkräften keine Schwierigkeiten zu bereiten und denselben während und nach der Ausbildungszeit beihilflich zu sein.

Die Erledigung von Streitigkeiten aus diesen Vereinbarungen obliegt zunächst den beiden Ortsvereinen, Kreisvertretern und Gauvorständen und in zweiter Instanz den beiden Zentralen, denen alle Streitigkeiten sofort gemeldet werden müssen. Die beiden Zentralen haben sich im einzelnen Falle über die Beilegung von Differenzen mit tunlichster Beschleunigung zu verständigen. Ist zwischen den beiden Zentralen eine Einigung nicht zu erzielen, so entscheidet endgültig und bindend für beide Teile eine Kommission von drei Arbeitgebern und drei Arbeitnehmern unter Vorsitz eines Unparteiischen. Vor der definitiven Entscheidung dürfen von keiner Seite irgendwelche Maßnahmen (Kündigungen, Sperren, Verweigerung von Ueberstunden, Zurückhalten mit der Arbeitsleistung usw.) ergriffen werden.“

**Anrufung der Schlichtungsausschüsse durch Arbeiterausschüsse mit weiblichen Mitgliedern.** In der Praxis ist folgender Fall vorgekommen: Ein aus Arbeiterinnen gebildeter Arbeiterausschuss hatte sich nach § 13 des Hilfsdienstgesetzes an den Schlichtungsausschuss als Schlichtungsstelle gewendet, war aber von dem Schlichtungsausschuss abgewiesen worden, und zwar mit der Begründung, daß Arbeiterinnen dem Hilfsdienstgesetz nicht unterstünden. Letzteres ist zweifellos richtig, rechtfertigt aber die Abweisung nicht. Denn die Bestimmungen der §§ 11—13 des Gesetzes beschränken sich nicht auf Hilfsdienstpflichtige. Vielmehr handeln sie, wie schon aus dem Wortlaut des Gesetzes hervorgeht, von „für den vaterländischen Hilfsdienst tätigen Betrieben“. Ein Betrieb kann aber auch dann kriegswichtig sein, wenn in ihm auch Personen, die nicht hilfsdienstpflichtig sind, oder sogar nur solche arbeiten. In derartigen Betrieben müssen nach dem Willen des Gesetzes ständige Arbeiterausschüsse bestehen, wenn der betreffende Betrieb in der Regel mindestens 50 Arbeiter beschäftigt. Hierbei werden auch die nicht-Hilfsdienstpflichtigen mitgezählt, namentlich also auch Frauen und Jugendliche. Für die Wahl der Mitglieder der Ausschüsse schreibt allerdings § 11 Absatz 2 vor, daß nur volljährige Arbeiter aktiv und passiv wahlberechtigt sind. Aber auch bei der Wahlberechtigung kommt es nicht auf die Hilfsdienstpflichtigkeit an, und deshalb sind volljährige Frauen aktiv und passiv wahlberechtigt. Dementsprechend ist in der Wahlordnung, die der preussische Minister für Handel und Gewerbe aufgestellt hat, ausdrücklich ausgesprochen, daß wahlberechtigt und wählbar sind: die volljährigen Arbeiter . . . ohne Unterschied des Geschlechts, soweit sie die deutsche Reichsangehörigkeit besitzen. Davon, daß die betreffenden Arbeiter hilfsdienstpflichtig sein müssen, ist in der Wahlordnung durchaus richtig nichts gesagt. Hiernach ist kein Zweifel, daß auch solche Arbeiterausschüsse den Schlichtungsausschuss als Schlichtungsstelle anrufen können, denen Arbeiterinnen angehören oder die aus Arbeiterinnen bestehen. Zur

Vermeidung von Mißverständnissen wird dies hiermit mitgeteilt. Für die Angestelltenausschüsse gilt übrigens sinngemäß das gleiche.

**Die englischen an die russischen Munitionsarbeiter.** Wie die „Daily News“ vom 13. April melden, sandte der Vorstand der Arbeiter des Woolwich-Arsenals ein Begrüßungstelegramm an die Genossen der Petersburger Gewehrfabrik und der dortigen Patronenfabrik. Darin wird u. a. gesagt: „Kameraden! Laßt uns gemeinsam arbeiten, um unseren Kameraden in den Gräben zu Hilfe zu kommen. Ihre Opfer sind größer als unsere. Jede unserer Arbeitsstunden rettet ein teures Leben. Jede Stunde der Faulheit macht uns zu Mördern.“

**Abrechnungen**

vom 1. Quartal gingen bis zum 23. April bei der Verbandskasse ein: Von Ludenwalde mit —— M., Potsdam —— M., Rathenow 200 M., Stettin 100 M., Gau II —— M., Königsberg 200 M., Tilsit —— M., Gau IV 78.27 M., Halberstadt —— M., Magdeburg 500 M., Gau VI/VII 200 M., Bremen 250 M., Hamburg-Altona 500 M., Rostock 48.53 M., Rüstingen-Wilhelmshaven 18.98 M., Braunschweig 250 M., Gildesheim —— M., Kassel —— M., Eisenach —— M., Gera 100 M., Gotha —— M., Halle a. S. —— M., Jena 50 M., Langensalza 40 M., Schleiz 96.47 M., Sonneberg 60 M., Dortmund 150 M., Duisburg-Kuhrort 50 M., Hagen 103.06 M., Krefeld —— M., Saarbrücken 20.47 M., Gau XII 6.66 M., Altenburg 150 M., Annaberg-Buchholz —— M., Chemnitz —— M., Dresden 2000 M., Göhring 150 M., Grimma —— M., Leipzig 6029.70 M., Weichen —— M., Würzen —— M., Zwickau —— M., Zähr —— M., Neulinger 50 M., Erlangen 150 M., Schweinfurt 30 M. und von Kaufbeuren mit 80 M.

E. Haucisen.

**Literarisches.**

**Illustrierte Geschichte des Weltkrieges 1914/17.** Allgemeine Kriegszeitung, 128. bis 136. Heft. Verlag Union Deutsche Verlagsgesellschaft in Stuttgart, ist uns zugegangen. Die Hefte sind wie immer reich illustriert und kosten je 25 Pf.

„Die Glocke“ Nr. 3 hat u. a. folgenden Inhalt: Dr. Paul Lench, Nahender Friede; Heinrich Cunow, Die Bevölkerungsbewegung im Weltkrieg; G. Wendel, Der bürgerliche Charakter der französischen Revolution; Karl Mattutat, Ausichten der Sozialreform; Max Sachs, Arbeiterschaft und Bauvereinigungen; Joachim Kaiser, Käthe Kollwitz u. a. m. Preis des Heftes 30 Pf.

**Anzeigen**

**Anzeigen in der Buchbinder-Zeitung**  
(Auslage am 29. April 1917: 22 300, vor dem Kriege über 85 000) finden die weiteste Verbreitung.

Erholen Sie Offerte von  
**Blattgold**  
vor Bestellung.  
**L. Grünbaum,**  
Blattgoldfabrik, Nürnberg.

**Papier Schneidemaschine,**  
System Krause, Schnittfläche 125 cm, Handbetrieb, verkäuflich. Beschäftigung von 9—12.  
**Vaterländischer Frauenverein,**  
Berlin-Wilmersdorf, Gieselerstr. 7, Bureau.

**Zahlstelle Dresden.**  
Am 10. April verstarb nach längerem Leiden die Kollegin  
**Frau Anna Fischer**  
im Alter von 81 Jahren.  
Wir werden ihr Andenken stets in Ehren halten.  
**Der Vorstand.**